

Delmenhorster Kreisblatt 28.04.2009

Stadt erwägt Gang vor EU-Gerichtshof

Neue Informationen zur Planung der B 212 neu

Durch an die Öffentlichkeit gelangte Ergebnisse der Verkehrswirtschaftlichen Untersuchung sehen sich die Gegner der Südvariante in ihren Befürchtungen bestätigt.

VON HEIKE SZYMCAK

DELMENHORST. Einen Gang „durch sämtliche Instanzen, unter Umständen bis vor den Europäischen Gerichtshof“, haben Oberbürgermeister Patrick de La Lanne und Vertreter der Interessengemeinschaft B212 – freies Deich- und Sandhausen angesichts neuer Informationen zur B212 neu angekündigt. „Die Ergebnisse der Verkehrswirtschaftlichen Untersuchungen (VWU) bestätigen im Wesentlichen die Befürchtungen der Interessengemeinschaft“, so deren Sprecher Uwe Kroll. Auf Umwegen seien der Bürgergemeinschaft die Informationen zugespielt worden. Die Auswertung habe ergeben, dass die von der Interessengemeinschaft erarbeitete Verkehrsoptimierte Nordvariante (VoN) weniger

Belastungen für die Bürger in Delmenhorst und Ganderkesee mit sich bringe als die favorisierte Südtrasse, so Kroll.

Gemeinsam mit seinem Mitstreiter Martin Clausen sowie Hinnerk Twietmeyer, Vorsitzender des Bürgervereins Heide-Schönemoor und Sprecher der Orts- und Heimatvereine im nordöstlichen Bereich der Gemeinde Ganderkesee, hatte Kroll die Verwaltungsspitze über die Untersuchungsergebnisse informiert. Auftraggeber der Expertise, die bislang noch unter Verschluss gehalten wird, ist laut Kroll die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr.

Diese, so mutmaßt der Sprecher der Interessengemeinschaft, wolle auf jeden Fall die Südvariante „durchdrücken“, wobei der geplante Wesertun-

ERGEBNISSE IM NETZ

Um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen, plant die Interessengemeinschaft B212 – freies Deich- und Sandhausen, ihre Auswertung der VWU mitsamt Zahlenmaterial ins Internet zu stellen. Weitere Infos unter www.igb212neu.de SZY

nel eine zentrale Rolle spiele. Auch die Beigeordnete Susanne Mittag (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Planen, Bauen, Umweltschutz, Landwirtschaft und Verkehr, sieht das ursprüngliche Ziel, den besseren verkehrlichen Anschluss der Wesermarsch an Bremen, verfehlt. „Es scheint, dass die Wirtschaftlichkeit des mautfinanzierten Wesertunnels sichergestellt werden soll“. Sie wirft der Planbehörde in Oldenburg „interessenorientiertes Arbeiten“ vor.

Jetzt wollen Stadt und Interessengemeinschaft das Verfahren durch das Bundesverkehrsministerium prüfen lassen. Auch der Klageweg wird nicht ausgeschlossen. Zu diesem Zwecke richtet die IG B212 einen Klagefonds ein, um die Finanzierung etwaiger Verfahren zu sichern.

Seitens der baupolitischen Sprecherin der CDU-Ratsfraktion, Annette Schwarz, wurde gestern Kritik am Vorgehen de La Lannes laut. Sie wertete es als einen „Affront“, dass die Ratsmitglieder nicht über das kurzfristig anberaumte Gespräch mit den IG-Vertretern informiert worden seien.